



Hier gehts lang Wer wandern will, muss nicht erst aufs Land. Ein neues Buch stellt 16 Routen in der Stadt Zürich vor. 22

«Der Nazivergleich lenkt vom Thema ab»

SVP-Kantonsrätin Barbara Steinemann, die zwischen eingebürgerten und gebürtigen Schweizern unterscheiden will, wehrt sich.

Mit Barbara Steinemann sprach Edgar Schuler

Sie gelten als Rassistin. Die Diskussion im Kantonsrat über Ihren Vorstoss hat heftige Reaktionen ausgelöst.

Der Tagi hat das Thema als einziges Medium eskalieren lassen. Alle anderen haben sachlich und neutral darüber berichtet. In den über 600 Kommentaren auf Tagesanzeiger.ch haben sich die Leser regelrecht aufgeschaukelt. Jenen Leuten, die mich per Mail angegriffen haben, habe ich zurückgeschrieben, es hätte sie doch stutzig machen müssen, dass nur der «Tages-Anzeiger» die Geschichte so gebracht hat.

Das stimmt nicht. Es gab Kommentare im «Landboten» und in der «Südostschweiz», in denen Sie beschuldigt werden, Nazigedankengut zu vertreten.

Der «Tages-Anzeiger» hat suggeriert, ich wolle einen Eintrag im Pass, der aussagt, ob jemand eingebürgert ist oder Schweizer seit Geburt. Der «Landbote» dagegen hat fair darüber berichtet, weil er den Motionstext klar dargestellt hat. Nur im Kommentar hat er mich dann in eine braune Ecke gestellt.

Das muss Ihnen zu denken geben. Heute machen gerade Leute, die sonst immer Anstand fordern, sehr locker Nazivergleiche. Dazu muss man sagen: Die Nazizeit war die schlimmste Zeit, die Europa je durchgemacht hat, das schwärzeste Kapitel. Man verhöhnt doch die Opfer, wenn man so etwas rasch dahersagt. Die Schweiz hat keine Nazivergangenheit. Wir waren immun.

Nicht ganz. Der Judenstempel im Pass war eine Schweizer Erfindung. Nochmals: Es geht in meinem Vorstoss nur um eine statistische Erfassung der beiden Kategorien. Diese sollen erhoben werden - so wie wir alle in der Statistik erfasst werden, als Mann oder Frau, Mieter oder Hauseigentümer, nach Lohnklasse und Berufsausbildung. Man wird gar nicht merken, ob man als Eingebürgerte oder als Schweizer von Geburt erfasst wird. Darum verstehe ich die Aufregung nicht.

Eine statistische Erfassung wäre nur dann sinnvoll, wenn die Gruppen auch verschieden behandelt werden - also eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz. Ich sehe nicht ein, warum. Ich stelle fest, dass unsere Gegner seit ein paar Jahren inflationär das Argument der Verfassungsmässigkeit brauchen, um SVP-Begehren abzulehnen.

Das Argument wird nur darum immer öfter angeführt, weil Vorstösse Ihrer Partei immer häufiger die Verfassung ritzen. Rechtswissenschaft ist keine exakte Wissenschaft, und Juristen sind nicht unbedingt gescheiter als andere Leute. Aber sie wissen, was man gegen unsere Vorstösse juristisch vorbringen kann. Generell gilt: Wir wollen mit Argumenten ge-



«Ich verstehe die Aufregung nicht»: Barbara Steinemann im Rathaus. Foto: Sophie Stieger

schlagen werden, nicht mit Unterstellungen, nicht mit Nazivergleichen und nicht mit irgendwelchen in der Luft schwebenden internationalen Verträgen und angeblichen Ableitungen aus der Verfassung.

Ihre Motion macht einen Unterschied zwischen zwei Sorten Schweizer Bürgern. Das war auch der Fall beim Arierparagrafen, den die Nationalsozialisten 1933 eingeführt haben. Er schuf zwei verschiedene Kategorien deutscher Bürger: Arier und Nichtarier. Nur weil andere vor langer Zeit eine furchtbare Reinheitsideologie vertreten haben, bedeutet das nicht, dass solche

Unterscheidungen hundert Jahre lang ein Tabu sein sollen. Ausländer sind keine Rasse. Die Schweiz ist heute eine Multikulti-Kultur. Viele von uns haben ausländische Wurzeln. Das ist doch um Himmels willen kein Problem. Der Nazivergleich lenkt doch nur vom eigentlichen Thema ab.

Das eigentliche Thema? Auslöser war ein persönliches Erlebnis. In Eglisau erstach ein junger Mann vor ein paar Jahren einen Postboten. Es hiess dann immer, der Täter sei ein Schweizer. Dann erfuhr ich, dass der Mann erst kurz zuvor eingebürgert worden war. Er war in Heimen aufgewachsen, war vorbestraft, und der Staat hat unheimlich viel

Geld in den Mann investiert. Die Einbürgerungsbehörde wusste, dass der Mann auf der schiefen Bahn ist, hat ihn aber dennoch eingebürgert. Es ist doch unglaublich, dass die Behörden Leuten den Pass geben, von denen man genau weiss: Da bürgern wir uns Probleme ein.

Ist denn ein Eingriff in ein Grundrecht die richtige Antwort auf einzelne, womöglich fragwürdige Einbürgerungsentscheide?

Sind es wirklich nur einzelne Entschiede? Leute, die mit Einbürgerungen zu tun haben, sagen mir sehr oft: Die Ausländer, die hochwillkommen wären, die gut integriert sind und arbeiten, die kommen gar nicht auf die Idee, ein Gesuch zu stellen. Viel häufiger sind es Leute, bei denen man sagen muss: «Kommen Sie doch nochmals in einem Jahr, wenn Ihre Frau auch etwas Deutsch sprechen kann.» Oder: «Wir haben gehört, dass Ihr Sohn auf dem Pausenplatz die anderen schlägt.» Fälle also, bei denen die Einbürgerungsbehörden den Pass nur mit schlechtem Gewissen ausändigen können.

«Der Vorstoss gilt als anrühlich, weil verschiedene Leute etwas zu befürchten haben.»

Und was soll Ihre Motion dagegen ausrichten?

Ich finde, es ist wichtig, dass wir den Einbürgerungsbehörden mit einer Statistik den Rücken stärken. Da können wir sagen: «Sicher haben wir viele Leute eingebürgert, die das verdient haben. Aber wir sollten vorsichtiger sein.»

Es ist aber bekannt, dass der Zusammenhang zwischen Kriminalität und Nationalität an den Haaren herbeigezogen ist. Viele Ausländer in der Schweiz sind schlecht integrierte, sozial benachteiligte junge Männer. Auch sozial benachteiligte junge Schweizer begehen überdurchschnittlich viele Gewalttaten.

Studien zeigen, dass die Kriminalität junger Männer der zweiten, dritten Einwanderergeneration eher noch höher ist als in der ersten Generation. Das bestätigt die angeblichen Vorurteile der SVP.

Auch hier ist das Kriterium wahrscheinlich nicht der Ausländerstatus, sondern die mangelnde Integration. Sie stigmatisieren Eingebürgerte... Mache ich das?

... wenn Sie zwei Kategorien Schweizer schaffen wollen. Warum fühlen sich die Leute derart angegriffen? Sie wissen doch ganz genau, dass nicht nur Ausländer eingebürgert wurden, die das verdient haben. Wenn eine solche Statistik herauskommt, steht unsere Einbürgerungspraxis in einem hundsmiserablen Licht da.

Das rückt aber auch Eingebürgerte in ein schlechtes Licht, die sich nie etwas zuschulden kommen liessen. Das ist ja heute schon so. Jeder Jugoslawe mit einem -ic im Namen, der hier lebt, hart arbeitet und eine Schweizerin heiratet, wird in einen Topf geworfen mit allen anderen. Wenn er dem entgegen will, muss er den Namen seiner Frau annehmen.

Mit einer Statistik tragen Sie ja gerade zu dieser Entwicklung bei. Es bringt doch im Gegenteil auch nichts, ein Tabu daraus zu machen. Führt es uns denn weiter, wenn wir das nicht offenlegen? Haben die Leute etwas zu befürchten? Sollen wir weiterhin grosszügig einbürgern und dann die Probleme schönreden? Das funktioniert auf die Dauer nicht.

Wäre es nicht besser, wenn wir bei der Integration ansetzen? Wenn wir anerkennen, dass nicht die Nationalität das Problem ist, sondern die Art und Weise, wie die Ausländer hier aufgenommen wurden? Damit schreiben Sie die Schuld der Aufnahmegesellschaft zu. Die Verantwortung liegt aber beim Zugewanderten. Er ist für seine Integration verantwortlich, er muss schauen, dass seine Kinder die Schule besuchen, nicht der Staat.

Heute wandern vor allem Menschen aus Deutschland in die Schweiz ein. Das wird sich positiv auf die Statistik der Ausländerkriminalität auswirken. Die Deutschen sind kein Problem.

In Ihrer politischen Arbeit ist ein deutliches Muster sichtbar: Immer wieder fordern Sie Diskriminierung. Sie wollten 2008 das Kopftuch in der Schule verbieten, und Sie waren die Erste, die ein Minarettverbot verlangt hat.

Ja, da schwappte mir zuerst eine furchtbare Ablehnung entgegen. Es war damals politisch höchst unkorrekt. Aber im Nachhinein erwies sich das Anliegen als richtig. So auch jetzt: Der Vorstoss gilt als anrühlich, weil verschiedene Leute etwas zu befürchten haben. Ich überlege mir ernsthaft, ob ich den Vorstoss nochmals lanciere, diesmal als Volksinitiative. Dann müssten die Gegner genau begründen, warum sie alle Grundrechte in Gefahr sehen.

Barbara Steinemann
Die Mutter des Minarettverbots

Die 36-jährige Juristin Barbara Steinemann sitzt seit 2003 für die SVP im Kantonsrat. Sie gilt als Urheberin des Minarettverbots. 2006 hatte sie erfolglos verlangt, im Kanton Zürich Minarette zu verbieten. Das Anliegen hatte schliesslich als eidgenössische Initiative Erfolg. Vor einer Woche diskutierte das Kantonsparlament einen weiteren brisanten Vorstoss Steinemanns: Die Zürcher Behörden sollten in den Kriminalitäts- und Sozialhilfestatistiken zwischen gebürtigen Schweizern und Eingebürgerten unterscheiden. Der Vorstoss hatte zwar keine Chance, löste aber heftige Reaktionen aus. (ese)

Anzeige



Grün Mittwoch

DIE PFLANZENAKTION BEI RUSTERHOLZ

www.rusterholz.ch



50%

Fr. 9.-

statt 18.-

Am Mittwoch 4. Juli:

SONNENHUT

Doch damit nicht genug. Im Pflanzencenter Rusterholz finden Sie alles was das Gärtnerherz begehrt: Unsere Mitarbeiter zeigen Ihnen gerne unser vielfältiges Sortiment an Pflanzen, Stauden und Gartenzubehör.

Rusterholz Pflanzencenter AG, Alte Landstr. 78, 8942 Oberrieden, Tel. 044 720 40 31, www.rusterholz.ch, Mo - Fr 8.30 - 12.00 und 13.30 - 18.30, Sa 8.00 - 16.00

